

Kurze Zusammenfassung und Kritik des FPD-Wahlprogramms 2005 „Arbeit hat Vorfahrt“¹

von
Egbert Scheunemann

Stand: 12. September 2005

Keine Fraktion in der großen neoliberalen Allparteienkoalition aus CDU/CSU/FDP/SPD- und Grünen vertritt den Neoliberalismus so radikal wie die FDP. Parteichef Guido Westerwelle sagte mit Blick auf „Agenda 2010“ und „Hartz IV“, zwei Begriffe, die für den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stehen, einmal – wenn ich mich recht erinnere – sogar wörtlich: Das war erst der Anfang! Die Feststellung, dass in Deutschland die Liberalen auch die radikalsten Neoliberalen sind, wird politisch halbwegs informierte Menschen nicht überraschen. Und womöglich mag sich manch links orientierter Mensch fragen, ob es nicht müßig ist, sich mit neoliberalen Programmradikalismen der, so die notorische Selbstprädikation, Partei der Besserverdienenden überhaupt zu beschäftigen – zumal dann, wenn man die Wahlprogramme der für die „Agenda 2010“ Verantwortlichen ebenso schon einer intensiven Kritik unterzogen hat wie die christdemokratische programmatische Ankündigung der Hardcorevariante des Neoliberalismus unter dem Titel „Agenda Arbeit“.²

Aus zwei Gründen möchte ich das Wahlprogramm der FDP dennoch einer detaillierteren Kritik unterziehen. Zum einen eignet sich die programmatische Reinform des Neoliberalismus banalerweise am besten, Gegenargumente gegen neoliberale Standardbehauptungen und –forderungen für die politische Diskussion und Auseinandersetzung zu formulieren. Und zweitens mag es manche überraschen, zu hören, dass die FDP zumindest programmatisch noch nicht vollständig zur Partei bloßen Wirtschaftsliberalismus’ degeneriert ist. Das insgesamt 53 Seiten umfassende Programm hat zwar mit 18 Seiten seinen eindeutigen Schwerpunkt in Sachen „Arbeitsplätze und Wohlstand“ (S. 4-21), also in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – wie in allen anderen Parteiprogrammen in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit durchaus üblich und verständlich. Dass der *politische* Liberalismus für die FDP programmatisch aber nach wie vor eine sehr starke Rolle spielt, zeigt sich – mit gleich aufzuzeigenden Einschränkungen – daran, dass das entsprechende Kapitel über „Bürgerrechte“ und demokratische „Teilhabe“ mit 14 Seiten Umfang (S. 29-43) dem über Wirtschaftspolitik kaum nachsteht. Und das ist, verhältnismäßig, weit mehr als in den Programmen der anderen Parteien.

Aber der Reihe nach.

1. Präambel: „Die Chancen der Freiheit“

Die große neoliberale Allparteienkoalition aus CDU/CSU/FDP/SPD und Grünen zeichnet sich dadurch aus, dass reihum die neoliberale Standardmedizin zur Heilung des an Massenarbeitslosigkeit erkrankten Patienten anempfohlen wird: Gewinne hoch und Löhne

¹ <http://files.liberale.de/fdp-wahlprogramm.pdf>

² Vgl. meine Kritiken an den Wahlprogrammen von CDU/CSU, SPD und Grünen:
www.egbert-scheunemann.de/CDU-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf
www.egbert-scheunemann.de/SPD-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf
www.egbert-scheunemann.de/GRUENE-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf

und Sozialleistungen runter, um, so das vorgebliche Kalkül, Investitionen und damit Arbeitsplätze zu fördern. Leichte Differenzen existieren lediglich auf strategisch-taktischer Ebene, also bei der Beantwortung der Frage, in welcher konkreten Form und Dosierung diese Medizin verabreicht oder unter welchem Namen sie verschrieben werden soll (eisernes Sparen, Haushaltskonsolidierung, Gesundheitsprämie, Kopfpauschale, Flexibilisierung der Lohntarife, Förderung des Niedriglohnssektors, Kombi-Löhne etc.). Vollkommen gleichgeschaltet ist man hingegen wieder bei der Diagnose der Ursachen der Krankheit: Auch die FDP behauptet, die „**Globalisierung**“ sowie unsere „**alternde Gesellschaft**“ mit der Folge „eines überdehnten Sozialstaats“ seien an allem schuld (S. 1).³

Was die FDP dem entgegensetzen möchte, überrascht zunächst wenig: „Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei.“ (ebd.) Etwas verblüfft, wenn nicht, salopp gesprochen, regelrecht von den Socken ist man aber, wenn man als Zeitgenosse moderner hochkomplexer sozialer Systeme liest: „Wir sind davon überzeugt, dass das Streben jedes Einzelnen nach Glück auch für die Gesamtheit die besten Ergebnisse gewährleistet.“ (ebd.) Die FDP ist sich sogar nicht zu schade, programmatisch auf das Niveau dementer Kalendersprüche herabzusinken, wenn sie allen Ernstes behauptet, „dass jeder Mensch in erlebter Freiheit seine Chancen erkunden und daraus eigenverantwortlich seine Werte finden und sein Glück schmieden kann.“ (S. 2) Wir schreiben das Jahr 2005 – und lesen im Programm einer Partei, die politische Verantwortung in einem, nochmals: hochkomplexen sozialen System übernehmen will, dass jeder seines Glückes Schmied ist! Da wird sich Hänschen aber freuen!

Dass das Schicksal von Millionen von Menschen in modernen Sozialsystemen primär von den **EIGENGESETZLICHEKEITEN** dieser Sozialsysteme bestimmt werden könnte, scheint der FDP unvorstellbar zu sein: Einer strebt Auto fahrend nach seinem Glück – bleibt aber im Stau stecken und atmet giftige Abgase ein, weil es alle tun. Eine baut individuelles Glück suchend ein Haus am Stadtrand – und lebt bald in einer Betonwüste, weil viele und immer mehr ihr gleich tun. Einer rennt los nach dem Fußballspiel, weil er es eilig hat – und alle rennen mit und sich gegenseitig um, da es ja irgend einen bösen Grund geben musste, dass der erste so rannte. Eine Versicherungsgesellschaft verkauft ein großes Aktienpaket auf dem vermuteten Höhepunkt eines Börsenbooms – und löst damit ungewollt panikartige Massenverkäufe und einen Börsencrash aus mit der Folge einer heftigen Wirtschaftskrise samt steigender Arbeitslosigkeit. Eine Regierung folgt dem Rat eines neoliberalen Professors der Wirtschaftswissenschaften aus Chicago, legt ein rigoroses Sparprogramm auf, um die eigene Ökonomie international konkurrenzfähiger zu machen – und stößt damit einen Unterbietungswettbewerb, also Öko-, Lohn- und Sozialdumping in allen Konkurrenzländern an mit der Folge weltweit steigender Massenarbeitslosigkeit, sozialer Verelendung und forcierten Raubbaus an der Natur.

Dass solche *systemimmanenten* Selbstzerstörungsprozesse nur verhindert werden können durch die kollektive Setzung und – nötigenfalls – Sanktionierung sozialer, politischer, ökonomischer und ökologischer Verhaltensregeln bzw. eines Rahmens ökosozialer, ökonomischer wie politischer Mindestanforderungen (Mindestlöhne, -sozialstandards, -steuersätze, -ökostandards, Tobinsteuer etc.), innerhalb dessen nur gewirtschaftet werden darf – das scheint den Vorstellungshorizont der FDP zu überschreiten.⁴ Je-

³ Alle Hervorhebungen in Zitaten stammen auch im Folgenden von mir.

⁴ Mindestlöhne lehnt die FDP in ihrem Programm natürlich kategorisch ab (S. 12-13).

dem fleißig und qualitativ hochwertig arbeitenden Menschen, der arbeitslos wurde als Folge einer kollektiven Entlassungswelle in einem treffliche Gewinne machenden Konzern, der seine Eigenkapitalrendite von ‚nur‘ 20 auf 25 Prozent steigern muss, um den Vorgaben der neuen Mehrheitseigner (ein Hedgefonds etwa) zu genügen, sei gesagt: Sei und bleibe deines Glückes Schmied – und wähle die FDP!

2. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die ganze Absurdität, ja Schizophrenie neoliberalen wirtschaftspolitischen Denkens und Handelns kommt kaum klarer zum Ausdruck als durch die Feststellung der auch durch die FDP nicht zu leugnenden Wahrheit einerseits, dass nämlich Deutschland „**Exportweltmeister**“ ist (S. 12)⁵, und der wirren Behauptung andererseits: „Deutschland muss deshalb (aufgrund des „stärkeren internationalen Wettbewerbs“ und „Strukturwandels“, der Arbeitsplätze koste; E.S.) seine **Wettbewerbsstärke zurückgewinnen.**“ (S. 4) Man lasse diesen Satz kurz auf der Zunge zergehen oder gar etwas länger im Hirn verweilen – der EXPORTWELTMEISTER muss seine Wettbewerbsfähigkeit ZURÜCKGEWINNEN! Klar doch! Denn zwei und zwei ist fünf, Moskau ist die Hauptstadt von Bayern und der Papst ist Kommunist! Ab welchen Exportquoten, die in der deutschen Automobil- oder chemischen Industrie oder auch in der Elektrotechnik über 50 Prozent betragen und im Maschinen- und Anlagenbau bis zu 70 und 80 Prozent erreichen, wird denn Deutschland WIEDER international konkurrenzfähig sein und Vollbeschäftigung haben? Warum brauchen wir in einem Lande mit einer derartig exzellenten internationalen Konkurrenzfähigkeit „**niedrigere Steuersätze**“ oder „**weniger Lohnzusatzkosten**“ (S. 4)? Damit die Unternehmen ihre in den letzten Jahren so und so schon traumhaft gestiegenen Gewinne noch weiter steigern und anteilig noch weniger in Realinvestitionen verwandeln aufgrund der stagnierenden Binnennachfrage – Folge langjährig stagnierender bis zurückgehender Reallöhne und massiv zurückgefahrener öffentlicher Investitionen und öffentlichen Konsums sowie staatlich finanzierter Sozialleistungen?

Und die FDP will ja in Sachen **Steuersenkungen** so richtig hinlangen: In einem ersten Schritt soll die Einkommenssteuer reformiert werden: „Der FDP-Stufentarif von 15 %, 25 % und 35 % führt zu einer deutlichen Entlastung. Für Unternehmen gibt es nur die beiden Steuersätze von 15 % und 25 %. Jedem Steuerbürger, seinem Ehegatten und seinen Kindern steht ein steuerfreier Grundfreibetrag von 7.700 Euro zu. Für Einkommen von 7.701 Euro bis 15.000 Euro sind 15 % Steuern zu zahlen, 25 % fallen für den Einkommensteil zwischen 15.000 Euro und 40.000 Euro an, 35 % für Einkommen darüber. Der FDP-Stufentarif ist transparent und führt nicht zu Sprüngen in der Belastung, weil jeweils nur der die Einkommensgrenze übersteigende Teil höher besteuert wird.“ (S. 5) Und wir lesen weiter: „Das FDP-Unternehmensteuerkonzept stimmt Einkommen- und Körperschaftsteuer einfach und praktikabel aufeinander ab. Es sieht den FDP-Stufentarif für alle Unternehmen vor, wobei auf die letzte Stufe verzichtet wird (wie generös! E.S.). Damit beträgt die Spitzenbelastung für unternehmerische Einkünfte unabhängig von der Rechtsform 25 %. Hinzu kommt der kommunale Zuschlag als ein Teil der liberalen Gemeindefinanzreform, so dass die Endbelastung je nach gemeindlichem Hebesatz etwa 28 % beträgt. Langfristiges Ziel ist die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes für alle Einkünfte (Flat Tax).“ (S. 6)

⁵ Etwas später erfahren wir sogar: „Die deutsche Wirtschaft – extrem exportabhängig – profitiert wie kaum eine andere von den sich weltweit öffnenden Märkten.“ (S. 49)

Gemessen an den 42 Prozent, die heute (noch) gelten, wären 35 Spitzensteuersatz eine Entlastung von 7 Prozentpunkten oder (bei exakt einer Million Jahreseinkünfte) 70000 Euro NETTO MEHR pro Jahr für den Spitzenverdiener! Dafür muss die kleine Friseurin etwa 6 Jahre arbeiten – wohlgemerkt: nicht für das *gesamte* Jahreseinkommen eines Einkommensmillionärs, sondern *nur* für das, was dieser nach dem FDP Steuerkonzept pro Jahr netto MEHR hätte! Jetzt wissen wir es endgültig: „Die liberale Einkommensteuer ist gerecht.“ (S. 6)

Die Ankündigung der FDP, sie wolle im Gegenzug für die Senkung des Spitzensteuersatzes „Steuerbefreiungen“ und „steuerliche Ausnahmen... konsequent abschaffen“ (S. 5), nehmen wir mal als das, was sie ist: eine in keiner Weise spezifizierte Ankündigung (ganz im Gegensatz zu den exakt spezifizierten und dimensionierten Steuerergüssen für die Reichen), die uns aus den Programmen sämtlicher relevanter Parteien bekannt ist – seit Jahrzehnten und ohne dass je etwas passiert wäre. Aber selbst angenommen, diese Ankündigung würde in die Tat umgesetzt werden – es gälte: „Das FDP-Steuerkonzept ist solide durchgerechnet. Es sieht Entlastungen im Umfang von 17 bis 19 Mrd. Euro vor...“ (S. 7) In der *Summe* käme es also noch immer zu massiven Steuerergüssen vor allem für Spitzenverdiener.

Mit liberaler Steuergerechtigkeit, also weiteren Steuernachlässen für Wohlhabende, hat es damit aber noch kein Ende – denn die „Erbchaftsteuer auf Betriebsvermögen“ soll vollständig entfallen, wenn der Betrieb mindestens 10 Jahre fortgeführt wird, und zwar, man reiße sich die Augen, „für alle Unternehmen ohne Größenbegrenzung“ (!!); und auch die „Vermögenssteuer wird endgültig abgeschafft“ (S. 7), nachdem ihre Erhebung bislang nur ausgesetzt war. Auch das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Ein Multimillionen- oder gar ein Milliardenerbe ist definitiv eine bestimmte Form eines Einkommens – und sogar noch eines arbeitsfreien Einkommens. Und die FDP will, dass ausgerechnet auf dieses höchste nur denkbare Einkommen keinerlei Einkommenssteuer in Form einer Erbschaftsteuer erhoben wird! Sauber!

Klar ist dann auch, dass unter solchen Bedingungen die Aufhebung des Bankgeheimnisses zum 1. April 2005 völlig überflüssig war und selbiges „wieder hergestellt werden“ muss (S. 6) – denn welchen Sinn hätte staatliches Schnüffeln nach geerbten Multimillionen, die so und so nicht versteuert werden müssen!

Dass den Liberalen eine leichte Tendenz zum Ökonomischen und seiner Protagonisten eignet, kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie in ihrem Programm **Sozialpolitik** vollständig in den Programmpunkt **Wirtschaftspolitik**⁶ integrieren, also als Funktion des Ökonomischen definieren. Und das beginnt im Kontext der Tatsache, dass inzwischen *alle* relevanteren Parteien von rechts bis links in irgendeiner Weise einem **sozialen Grundeinkommen** (Bürgergeld, Mindesteinkommen, negative Einkommenssteuer etc.) das Wort reden, mit einer zunächst durchaus interessanten sozialpolitischen Innovation:

„Das **Liberale Bürgergeld** ist die Brücke in den Arbeitsmarkt. Die FDP fordert die Einführung des Liberalen Bürgergeldes... Im Bürgergeld werden steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einzigen zusammengefasst: Anstelle von Grundsicherung, Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), Wohngeld, Arbeitslosengeld II oder BAföG erhält der Bedürftige das Bürgergeld. Hinzu kommen bei Umsetzung der liberalen Reformkonzepte für die Kranken- und Pflegeversicherung (die privatisiert werden sollen; E.S.) steuerfinanzierte Unterstützungsleistungen für Kinder und Personen mit

⁶ Das entsprechende Kapitel lautet im Original: „Mehr FDP für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand“ (S. 4-21).

unzureichendem Einkommen. Die Berechnung des Bürgergeldes umfasst nicht nur die Pauschalen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, Unterkunft und Heizung, sondern auch Pauschalen für den Nachteilsausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit bzw. Schwangerschaft sowie für Mehrbedarfe bei Ausbildung und bei speziellen, häufig vorkommenden Behinderungen und Erkrankungen. Das Bürgergeld wird mit dem Steuersystem zu einem Steuer-und-Transfer-System aus einem Guss verbunden: Der Bürgergeldanspruch wird mit der Steuer verrechnet. Im Ergebnis zahlen Gutverdienende Steuern an das Finanzamt, weniger Verdienende und Personen ohne Einkommen bekommen Bürgergeld als **Negative Einkommensteuer** ausgezahlt. Nur eine Behörde ist zuständig: das Finanzamt. Der komplexe Sozialstaat wird dadurch radikal vereinfacht, Bürokratie abgebaut und die Verwaltung Kosten sparend gestaltet. Für den Bürger entsteht ein einfaches, verständliches und dadurch gerechtes Sozialsystem. Seine Ansprechpartner werden auf ein Minimum reduziert, Mehrfacherklärungen über Einkommens- und Vermögensverhältnisse gegenüber verschiedenen Ämtern entfallen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Bürokratieabbau und zum Datenschutz.“ (S. 7-8)

Klingt das alles nicht erst mal ganz vernünftig und sozial? Dass wir aber nicht in einer Publikation des Arbeitersamariterbundes gelandet sind, sondern im geltenden Wahlprogramm der FDP, wird schnell deutlich, wenn wir über das liberale Bürgergeld weiter erfahren: „Es setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe, Leistung und Gegenleistung, den Schutz der Schwachen vor den Faulen (!! E.S.) und Findigen (!! E.S.) und auf Anreize (!! E.S.) zur Arbeitsaufnahme... Derjenige, der arbeitet, muss spürbar mehr bekommen, als derjenige, der nicht arbeitet. Wird zumutbare Arbeit abgelehnt, wird die Grundleistung um 30 % gekürzt (!! E.S.), bei erneuter Ablehnung zumutbarer Arbeit um weitere 30 % (!! E.S.). Gleichzeitig werden die Zuverdienstmöglichkeiten für die niedrigen Einkommensbereiche gegenüber dem Arbeitslosengeld II deutlich verbessert. Der Bürgergeldempfänger, der 600 Euro verdient, soll über den Grundfreibetrag hinaus von jedem Euro 40 Cent behalten dürfen. Die Regelung soll so gestaltet werden, dass der Bürgergeldempfänger immer einen finanziellen Anreiz hat, nach höherem Einkommen zu streben. So lohnt sich Arbeit auch wieder im Niedriglohnbereich, in dem eine an der Produktivität orientierte Bezahlung nicht einmal das Existenzminimum sichern würde. Damit ist das Bürgergeld der entscheidende Reformschritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor. Es wirkt aktivierend durch einen gleitenden und lohnenden Übergang in die Erwerbstätigkeit.“ (ebd.)

Damit ist die Katze aus dem Sack. Die FDP sagt nämlich an keiner Stelle, wie hoch das liberale Bürgergeld konkret sein soll. Es wird nur gesagt, dass jemand, der – und zwar im Niedriglohnsektor! – arbeitet, spürbar mehr bekommen muss als der Bürgergeldempfänger. Also muss letzterer spürbar weniger bekommen. Und wenn er angebotene Arbeit zu tariflichen Hungerlöhnen von nur fünf Euro pro Stunde zwei mal ablehnt, weil er sich nicht von Profit maximierenden Arbeitgebern ausbeuten lassen will, bekommt er nur noch 40 Prozent von dem, was so und so schon „spürbar weniger“ ist als das, was im Niedriglohnsektor bezahlt wird – nämlich fünf bis sechs Euro brutto die Stunde. Sechs Euro pro Stunde brutto addieren sich auf knappe 1100 Euro brutto pro Monat. Das sind, ganz großzügig gerechnet, etwa 850 Euro netto. „Spürbar weniger“ davon wären, sagen wir: 600 Euro. Und 40 Prozent davon (also nach Abzug von zwei mal 30 Prozent aufgrund zweifach abgelehnter Niedrigstlohnarbeit) wären dann schlussendlich 240 Euro pro Monat – für ALLES (Wohnung, Essen, Kleidung etc.). Wenn das nicht „aktivierend“ ist!

Die konkrete Form des „liberalen Bürgergelds“ ist nichts anderes als eine der vielen Varianten eines Kombi-Lohns, also (in diesem Falle indirekter) staatlicher Lohnkostenzuschüsse für die Privatwirtschaft und damit staatlicher Gewinnsubventionierung. Staatliche Lohnkostenzuschüsse in welcher Form auch immer heizen erfahrungsgemäß

Lohnkostendumping eher noch an: Wenn der Staat für die Grundversorgung nahe am physischen Existenzminimum sorgt, muss das nicht auch noch der private Arbeitgeber tun. Er kann also die *jetzt* gerade noch ein Existenzminimum sichernden Hungerlöhne im untersten Segment weiter senken, ja *muss* das tun – sonst kommt ihm die Konkurrenz zuvor.⁷

Das „liberale Bürgergeld“ wäre genau dann eine durchaus diskutabile sozialpolitische Innovation, wenn drei Bedingungen erfüllt wären: Erstens müsste ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, um besagtes Lohnkostendumping zu verhindern – genau deswegen ist die FDP wohl gegen einen solchen Mindestlohn (S. 12-13). Dieser Mindestlohn müsste zweitens genügend hoch sein (und das Bürgergeld nicht umgekehrt genügend gering!), um eine Arbeitsaufnahme lohnend zu machen. Und der Bezug des Bürgergeldes müsste drittens schließlich auch von jeglicher Form eines *Arbeitszwanges* befreit sein – denn die Ankündigung, irgendwann von nur noch 240 Euro pro Monat leben, nein: sterben zu müssen, ist *faktisch* nichts anderes als Arbeitszwang.

Das Verständnis des Sozialen als einer abgeleiteten Funktion des Ökonomischen (hier im Kontext der vermeintlichen Notwendigkeit, die angeblich „viel zu hohen Lohnzusatzkosten“ senken zu müssen, die sich wie eine „gigantische Sondersteuer auf Arbeitsplätze auswirken“ würde) zeigt sich im FDP-Programm auch im Bereich der **Kranken- und Pflegeversicherung**, in dem ein regelrechter „**Systemwechsel**“ gefordert wird: „Jeder Bürger ist verpflichtet, einen Mindestumfang an Leistungen... für den Krankheitsfall abzusichern... bei einem Versicherer seiner Wahl“ (S. 10). Dabei zielt die FDP (ohne die Abschaffung öffentlich-rechtlicher oder staatlicher Versicherungsträger *expressis verbis* zu fordern) auf „ein freiheitliches, **privates Versicherungsmodell**“ mit, immerhin, „Kontrahierungsszwang“, d.h. die privaten Krankenversicherungsunternehmen müssen in diesem Modell einen grundlegenden, die Basisversorgung absichernden „Pauschaltarif... anbieten, der weder nach Alter, Geschlecht, Risiko oder sonstigen Kriterien differenziert“ (ebd.). Die FDP will also weg von staatlicher „Zwangsversicherung“ und hin zu einer „Pflicht zur Versicherung“ (S. 10-11) – bei privaten Versicherungsanbietern. Mit anderen Worten: Die FDP möchte, dass alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger *verpflichtet* sind, sich bei *privaten, Profit maximierenden* Versicherungsunternehmen zu versichern! Man könnte so etwas einen *Gesetzeszwang zur Profitmaximierung Dritter* nennen. Im Falle der Pauschalen für die Krankenversicherung, die den Beziehern des liberalen Bürgergeldes aus der Staatskasse gezahlt werden, wäre das sogar ein direkter Transfer von Steuergeldern auf die Gewinnkonten privater Versicherungskonzerne. So kennen wir sie halt, unsere gute alte FDP: **Fördert Die Profite!**

Um die „**Lohnzusatzkosten**“ zu senken, möchte die FDP auch die „**Arbeitslosenversicherung**“ als staatliche Zwangsversicherung abschaffen: „Der Arbeitgeberanteil zur Arbeitslosenversicherung muss an den Arbeitnehmer ausgezahlt werden. Dieser soll dann selbst bestimmen dürfen, in welchem Umfang er sich gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit versichern will.“ (S. 15) Wie die Lohn(zusatz)kosten für den Arbeitgeber sinken sollen, wenn er einen Teil davon zukünftig nicht an die Arbeitslosenversicherung zahlt, sondern an den Arbeitnehmer, habe ich freilich nicht begriffen. Aber Privatisierung muss natürlich auf jeden Fall sein, koste es, was es wolle.

⁷ Irgend eine Variante eines Kombi-Lohn-Modells wird leider von allen relevanten Parteien gefordert – von der CDU bis hin zur Linkspartei-PDS. Zu einer exemplarischen Kritik an staatlichen Lohnkostenzuschüssen in Form solcher Kombi-Löhne vgl. meine Kritik am Wahlprogramm der Grünen:

www.egbert-scheunemann.de/GRUENE-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf, S. 5-6.

Fast etwas inkonsequent möchte die FDP die **gesetzliche Rentenversicherung** nur auf eine „Basissicherung“ *zurückführen* (S. 11) – und nicht gleich vollständig *abschaffen* und privatisieren. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung müsse „bei 19 %“ gehalten werden (ebd.). Aufgrund „steigender Rentnerzahlen und Rentenbezugsdauer bei gleichzeitig sinkender Anzahl von Beitragszahlern“ müsse die staatliche Rente „folglich stärker als heute durch private und betriebliche Vorsorge... ergänzt werden“ (ebd.).

Nun bleibt uns die FDP – wie alle anderen Fraktionen aus der großen neoliberalen Allparteienkoalition – zunächst die Antwort auf die Frage schuldig, warum es gut ist (außer für die Maximierung der Profite privater Versicherungskonzerne), wenn die arbeitende Generation 19 Prozent in die staatliche Rentenkasse einzahlt und zusätzlich, sagen wir: 5 Prozent in eine private Alterssicherung – aber schlecht, wenn insgesamt 24 Prozent ausschließlich in die staatliche Rentenkasse fließen, die öffentlich-rechtlich organisiert ist, also demokratisch kontrolliert wird, und private Zusatzgewinne nicht erwirtschaften muss. Die FDP sagt uns auch nicht, warum wir uns heute, wo das Bruttosozialprodukt mehr als doppelt so hoch ist als in den 1970er Jahren, den wachsenden Anteil der Alten an unserer Gesellschaft nicht mehr leisten können sollen, obwohl dieser Anteil schon seit jener Zeit kontinuierlich wächst – wie die FDP selbst feststellt: „Seit Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern.“ (S. 33) Damals wurde der Sozialstaat und mit ihm das Rentensystem aber erst so richtig ausgebaut!

Vor allem aber erweist sich die FDP als Teil der noch viel größeren, auch so genannte ‚Wirtschaftsfachleute‘ oder ‚Wirtschaftswissenschaftler‘ umschließenden Koalition, die da behauptet, das „**Umlageverfahren**“ der gesetzlichen Rentenversicherung (wie Pflegeversicherung) würde „Kosten auf nachfolgende Generationen“ verschieben (S. 11). Beim „**kapitalgedeckten**“, also privaten Finanzierungssystem sei das hingegen so irgendwie ganz anders – es sei „generationengerecht“ (ebd.).

Nun, um diesem horrenden Unsinn, der, wie gesagt, leider weiteste Verbreitung in den Köpfen (und leider sogar ‚wirtschaftswissenschaftlichen‘ Lehrbüchern etc.) gefunden hat, endgültig und ein für alle mal entgegenzutreten: IMMER und OHNE JEDE AUSNAHME ist ein Finanzierungssystem, in dem Leistungszahler und Leistungsempfänger nicht (vollkommen) identisch sind, EIN UMLAGEVERFAHREN. IMMER zahlt eine Versicherungsgesellschaft – ob in STAATLICHEM, ÖFFENTLICH-RECHTLICHEM oder PRIVATEIGENTUM befindlich, ist dabei VOLLKOMMEN GLEICHGÜLTIG – aus den laufenden Einkünften (Beiträge der Versicherten und Kapitalerträge) die laufenden Ausgaben (Leistungen an die Versicherten, Kauf von Wertpapieren, Verwaltungskosten etc.). Dieser Zusammenhang ist NIE ein anderer. Private Versicherer zahlen Leistungen aus den laufenden Einkünften, die aus *Beiträgen* (Umlageverfahren: von der Beiträge zahlenden arbeitenden Bevölkerung wird das Geld zu den Leistungsempfängern ‚umgelegt‘) und zusätzlich aus *Kapitalerträgen* bestehen (EBENSO Umlageverfahren: von den arbeitenden Menschen, die Kapitalerträge erwirtschaften – Gewinne also, die an Anteilseigner wie Versicherungskonzerne ausbezahlt werden – , hin zu den Leistungsempfängern). Bei staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Versicherern ist dieser Zusammenhang KEINEN DEUT ANDERS. Auch die staatliche Rentenkasse hat (in der Regel) etwas auf der hohen Kante – woraus Kapitalerträge erwirtschaftet werden, die ‚umgelegt‘ werden auf die Leistungsempfänger. Auch die staatliche Rentenkasse ist also anteilig ‚kapitalgedeckt‘ – so wie die privaten Versicherer anteilig ‚beitragsgedeckt‘ sind. BEIDE Deckungsarten sind zwei Varianten *EINES UMLAGEVERFAHRENS*, das IMMER gilt OHNE JEDE AUSNAHME. Es wird IMMER im HIER UND JETZT verteilt, was HIER UND JETZT erwirtschaftet wird – an die HIER UND JETZT LEBENDEN. NIE zahlt jemals irgend eine *spätere* Generation an eine

frühere zurück. IMMER zahlt der arbeitende, Steuern und Beiträge entrichtende Teil der Gesellschaft IM HIER UND JETZT an den *nicht* arbeitenden Teil der Gesellschaft IM HIER UND JETZT (Alte, Kranke, Pflegebedürftige, Schüler, Studenten etc.). Die Beitrags- wie Steuerzahler sind alte, junge und Menschen mittleren Alters – und die Leistungsempfänger sind alte (Rentner), junge (Kinder) oder Menschen mittleren Alters (z.B. Kranke) IM HIER UND JETZT. Wenn Rentner Steuern zahlen, zahlen Rentner als Steuerzahler an Rentner als Rentenempfänger (in Form des steuerfinanzierten Grundsockels der gesetzlichen Rentenversicherung) – und keine Generation an irgendeine andere irgend etwas ‚zurück‘. Und was erst und wie denn zahlt etwa ein Steuern zahlender Rentner, der damit Kindergeldzahlungen mitfinanziert, an die ihm biologisch *nachfolgende* Generation ‚zurück‘? Also: Die Behauptung, kapitalgedeckte Finanzierungssysteme seien etwas anderes als umlagefinanzierte und sogar noch „generationengerechter“, ist kompletter, vollendeter Unsinn.

Aber weiter im Kanon: Weil wir nach Meinung der FDP, wie eingangs schon dargestellt, alle unseres individuellen Glückes Schmied sind und es so etwas wie Systemprozesse, die über unsere Köpfe einfach hinweggehen, nicht gibt, erscheint folgerichtig, dass der Marktmechanismus insgesamt und der „**Arbeitsmarkt**“ im besonderen von möglichst vielen staatlich-bürokratischen Fesseln befreit werden muss – es müsse das „Tarifkartell aufgebrochen“ und die „Fremdbestimmung durch Gewerkschaftsfunktionäre“ beendet werden; „Abweichungen von tarifvertraglichen Regelungen“ sollten möglich sein; und der Beschäftigung hemmende „Kündigungsschutz“ und die einen „Nachteil für den Standort Deutschland“ (der es, wie schon zitiert, dennoch irgendwie und merkwürdigerweise schaffte, „Exportweltmeister“ zu werden) darstellende „Mitbestimmung“ müssten entsprechend marktgerecht geschliffen werden (S. 13-14). Und da die FDP die Partei der Freiheit und Offenheit ist, ist sie auch für die „Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an die einzelnen Betriebsratsmitglieder“ (S. 14). Eine entsprechende Forderung in Richtung Vorstandsgehälter sucht man im FDP-Programm hingegen vergeblich. Die liberaldemokratische Losung heißt also: Finanzieller Offenbarungseid für die einen – und Bankgeheimnis für die anderen. Jetzt wissen wir, was „Freiheit vor Gleichheit“ (S. 1) bei der FDP zu bedeuten hat: unbeschränkte Freiheit des Kapitals vor Gleichheit vor dem Gesetz – und damit vor demokratischer Rechtsstaatlichkeit überhaupt!

Polemik? Nein, leider FDP-Programmrealität: Unumschränkte, also in des Wortes direkter Bedeutung *gesetzlose* Kapitalfreiheit fordert die FDP etwa expressis verbis und speziell beim „**Aufbau Ost**“, der durch die Einrichtung von „**Modellregionen**“ voran gebracht werden soll, die durch eine „befristete Aussetzung bundesrechtlicher Regelungen im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht“ gekennzeichnet sind (S. 16). Das steht da schwarz auf weiß! Manchesterkapitalismus für Ostdeutschland! Vollkommen entrechtete Arbeitssklaven, die sich für Hungerlöhne in baufälligen Bruchbuden zum Wohle des Kapitals ausbeuten lassen müssen, als ökonomisches „Modell“ der Zukunft – so steht’s, okay: etwas anders formuliert, geschrieben im Programm des politischen Ausschusses bundesdeutschen Kapitals!

Was im FDP-Programm dann noch an wirtschaftspolitischen Forderungen folgt, ist ebenso sattsam bekannt wie größtenteils unsinnig:

Wie alle anderen Fraktionen der großen neoliberalen Allparteienkoalition aus CDU-CSUFDPSPDundGrünen fordert auch die FDP, man langweilt sich inzwischen, die „**Konsolidierung der öffentlichen Haushalte**“ auch durch eine weitere „**Privatisierung**“ öffentlichen Eigentums, weil **Staatsschulden** „**nachfolgende Generationen be-**

lasten“ würden (S. 16). Ich habe die Behauptung, späterer Generationen würden durch heutige Staatsschulden belastet werden, schon mehrfach als kompletten Unsinn aufgezeigt und möchte hier nur auf die entsprechenden Stellen verweisen.⁸

Wir lesen, obwohl doch gerade die Belastung zukünftiger Generationen in Rede stand, im Programm der FDP weiter, dass der „Abschied von der **Kernenergie** der falsche Weg“ in Richtung Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sei (S. 17) und man mit „marktwirtschaftlichen Instrumenten“ wie etwa dem „**Emissionshandel**“ auf dem richtigen sei (S. 18).

In Sachen **Kernenergie** sei ein Selbstzitat erlaubt: „Menschen, die in Form der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie einen unfassbaren Milliardenaufwand an Steuergeldern, an Entwicklungskosten, an Bau-, Betriebs-, Abriss- und Entsorgungskosten, an Ausbildungskosten für Naturwissenschaftler, an Sicherheitskosten etc. etc. betreiben, um damit, neben der Produktion gewaltiger ökologischer und sozialer Gefahren, einzig und allein *Wasser zum Kochen zu bringen* – solche Menschen sind keine Fackelträger der Aufklärung (oder auch nur ökonomischer, geschweige denn ökologischer Vernunft; E.S.), sondern Totengräber des klaren Verstandes!“⁹

Und in Sachen „**Emissionshandel**“, also dem Handel mit Umweltzertifikaten an speziellen Börsen, sei darauf hingewiesen, dass dieses vermeintlich marktwirtschaftliche Instrument sehr viel organisatorischen und damit finanziellen Aufwand erfordert (Einrichtung von Börsen, Herstellung und Zuteilung der Zertifikate, Überwachung der Einhaltung von Obergrenzen der Umweltbelastung entsprechend der Menge der gekauften Zertifikate etc.) und dass es die Entstehung von Zertifikatmonopolisten ermöglicht und wahrscheinlich macht, also eine weitere Gelegenheit großer Konzerne darstellt, kleine Konkurrenten aus dem Markt zu drängen. Die Erhöhung einer **ökologischen Lenkungssteuer**, etwa der Mineralölsteuer, erfordert hingegen lediglich einen Federstich! Interessanterweise lehnt die FDP eine „prohibitive Verteuerung“ durch ökologische Lenkungssteuern als „Gängelei“ ab (S. 20). Vielmehr stehe der „Abbau der Ökosteuer... weiter auf der Tagesordnung“ (S. 7). Verteuerung des Umweltverbrauchs durch ein verwaltungsaufwändiges Zertifikatsystem ist gut – aber Verteuerung desselben durch eine Anhebung der Ökosteuern, die es umsonst gibt, ist schlecht. Begreife diese Liberalen wer immer will!

Dass die FDP **Umwelt- und Verbraucherschutz** größtenteils unter den Imperativ des Ökonomischen subsumiert¹⁰, zeigt sich auch daran, dass sie die ökologische „Agrarwende stoppen“ will, weil diese eine „ideologische Fehlentwicklung“ und, kaum dass sie begonnen hat, mit bislang nur „4,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche... gescheitert“ sei (S. 19); dass sie für „Kürzungen der Ökospielereien im Agrarhaushalt“ eintritt (S. 20); dass sie „dirigistische Eingriffe des Staates in des Marktgeschehen, wie

⁸ Vgl. meine Kritiken an den aktuellen Wahlprogrammen der Grünen oder der CDU: www.egbert-scheunemann.de/CDU-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf, S. 5, www.egbert-scheunemann.de/GRUENE-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf, S. 7-8, oder auch meinen Grundsatzartikel „Mythos Schuldenfalle. Kritik einiger weit verbreiteter, nahezu grotesker Irrtümer bezüglich Wohl oder Wehe staatlicher Verschuldung“ unter www.egbert-scheunemann.de/Mythos%20Schuldenfalle.pdf

⁹ Egbert Scheunemann: *Vom Denken der Natur. Natur und Gesellschaft bei Habermas*, Lit Verlag Münster/Hamburg/London 1999, ISBN: 3-8258-3197-3, 124 Seiten, S. 68.

¹⁰ Einige Aspekte des Umweltschutz handelt die FDP zwar auch in Kapitel „3. Mehr FDP für mehr Bildung und Innovation“ ab (S. 22-28) – aber auch Bildung, Forschung und Entwicklung stehen bei den Liberalen, wie sich gleich zeigen wird, fast ausschließlich im Dienste wirtschaftlicher Interessen.

z.B. Werbeverbote, ablehnt“ (S. 19); oder dass sie sich für die „Grüne Gentechnik“ (S. 25 u. 28) oder auch gegen ein „Zwangspfand“ auf Verpackungen ausspricht (S. 28).

3. Andere Politikfelder

Die FDP ist die deutsche Wirtschaftspartei par excellence. Auch jene Politikbereiche, die nicht direkt etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun haben, erscheinen im FDP-Wahlprogramm mehr oder minder nur als Rahmenbedingungen ökonomischer Verwertung, deren Effizienz zu steigern ist.

So fordert die FDP etwa einen „möglichst frühen Eintritt eines Kindes in die **Schulbildung** ab dem vollendeten fünften Lebensjahr“ oder dass die „Regelschulzeit bis zum Abitur... in allen Bundesländern auf zwölf Jahre verkürzt“ wird (S. 23). Beide Maßnahmen zielen auf eine möglichst frühe und schnelle Heranzüchtung und ökonomische Verwertung so genannten Humankapitals – wie die Ausweitung der „Lebensarbeitszeit“ durch eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalter (S. 12) auf eine möglichst lange. Die Produktivität steigt und steigt, Roboter und Produktionsautomaten nehmen uns immer mehr Arbeit ab – aber der Partei gewordene politische Ausschuss der herrschenden kapitalistischen Kräfte fordert von uns, dass wir immer länger statt kürzer arbeiten! Logisch! Zumindest kapitallogisch.

Und obwohl unsere Gesellschaft – zumindest in der Summe – immer reicher und reicher wird, können wir uns plötzlich ein freies Studium für (tendenziell) alle nicht mehr leisten. Vielmehr sollen Universitäten zukünftig „die Freiheit haben, **Studienentgelte** zu erheben“ (S. 23). Und wir lesen: „Dabei ist für uns selbstverständlich, dass niemand aus finanziellen Gründen an einem Studium gehindert werden darf. Für Studierende muss die Möglichkeit bestehen, die Studienentgelte „nachlaufend“ – nach dem Studienabschluss, abhängig von den eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten – zu bezahlen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Darüber hinaus muss ein Stipendien- und Darlehenssystem aufgebaut werden. Auch die Grundsicherung des Lebensunterhaltes für Studierende darf nicht in Frage gestellt werden. Sie wird durch das Liberale Bürgergeld gewährleistet.“ (S. 24) Die Partei der Besserverdienenden kann sich einfach nicht vorstellen, dass die meisten Kinder aus bildungsfernen, in der Regel am unteren Ende der Einkommenshierarchie zu verortenden Schichten von der Aussicht, nach dem Studium einen Berg von einigen zehntausend Euro Schulden abtragen zu müssen, ganz „selbstverständlich“ und faktisch und definitiv an einem Studium „gehindert“ werden. Völlig außer Betracht bleiben auch die Wirkungen, die zurückgehende Studierendenzahlen auf den rohstoffarmen Produktionsstandort Deutschland haben werden, der fast ausschließlich von seinem Humankapital lebt – zumal in der aufkommenden Wissens- und Informationsgesellschaft.

Und nicht nur Bildung und Ausbildung müssen nach FDP-Kalkül in Richtung beschleunigter Kapitalverwertung getrimmt werden. Auch die **Forschung** selbst hat ihr verstärkt zu dienen. So behindere die „Gesetzgebung von Rot-Grün“ die „Freiheit“ der „Forscher“ in der „embryonalen Stammzellenforschung“ (S. 25). Insofern fordert die FDP konsequent die „Streichung des Stichtages im Stammzellimportgesetz“ oder spricht sich gar für das „therapeutische Klonen“ aus (ebd.). Dass die FDP auch für die Intensivierung von Forschung und Entwicklung sowie eine schnellere Markteinführung von Neuentwicklungen in den Bereichen „Grüne Gentechnik“ und „Kerntechnik“ ist (S. 25), wurde schon angemerkt.

Es wurde aber auch schon festgestellt, dass dem Kapitel **Bürgerrechte und Demokratie** des FDP-Wahlprogramms (S. 29-43) quantitativ wie qualitativ durchaus anzumerken ist, dass zumindest liberale Programmatik noch nicht vollständig zu nacktem Wirtschaftsliberalismus degeneriert ist, sondern bestimmte Traditionen des *politischen*

Liberalismus, also die Fahne *politischer Freiheit* hochhält. Wir lesen zwar gleich zu Anfang: „Die Aufgabe des liberalen Rechtsstaats ist eindeutig. Er muss Freiheit und Eigentum (!! E.S.) der Bürger schützen, nicht mehr (!! E.S.) und nicht weniger.“ (S. 29) Und nur ein paar Zeilen weiter erfahren wir, dass natürlich auch die Forderung der Wiedereinführung des „Bankgeheimnis“ auf die erste Seite des Kapitels eines ordentlichen liberalen Wahlprogramms gehört, das sich eigentlich mit *politischer Freiheit* und *Demokratie* beschäftigt.

Aber wir lesen im Weiteren, und das sei ausdrücklich betont, durchaus viele schöne Dinge, die auch einem links orientierten politischen Zeitgenossen und also vehementen Anhänger politischer Freiheit ein Lächeln der Freude auf das Antlitz zaubern werden. So lehnt die FDP etwa eine „Steueridentifikationsnummer, die jedem Neugeborenen zugewiesen wird“, definitiv ab und fordert, dass „Datenschutzverletzungen deutlich gehandelt“ werden (S. 29). Sie ist gegen den „gläsernen Patienten“ und will, dass „der Patient selbst entscheiden“ können muss, was an Daten auf einer „elektronischen Gesundheitskarte“ gespeichert wird (S. 30). Sie möchte „keine verdachtsunabhängige massenhafte Vorratsdatenspeicherung“ und lehnt die „automatische Kennzeichenerkennung auf deutschen Straßen ohne konkreten Anlass“ ebenso ab wie eine „flächendeckende Videoüberwachung“ (ebd.). Sie ist, abgesehen von einer digitalisierten Form des Lichtbildes, gegen die Aufnahme „weiterer biometrischer Daten“ in Reisepässen, möchte die ausufernde „Telefonüberwachung... auf das notwendige Maß zurückführen“ und ist gegen einen „regelmäßigen Einsatz der Bundeswehr im Innern“ (S. 31-32).

Freiheit wird jedoch nicht nur negativ als Abwehrrecht gegen staatliche Übergriffe definiert. Wir lesen im FDP-Programm interessanterweise auch, dass staatliches Handeln Räume freier Entwicklungsmöglichkeiten *schaffen* kann und schützen muss: „Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.“ (S. 32) Diese dürften keine „rechtlichen Benachteiligungen“ erfahren (ebd.). Für „eingetragene Lebensgemeinschaften“ müssten etwa die „Möglichkeiten zur Adoption... verbessert werden“ (S. 35). Die FDP fordert gar einen „bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder bereits im dritten Lebensjahr“, dessen „Kostenfreiheit“ und auch die „Einführung von mehr Ganztagsschulen“ (S. 33).

Staatliche Eingriffe zum Schutze der Freiheit des Einzelnen fordert die FDP etwa auch im Kontext des „kulturellen Miteinanders“ – in dem wir zunächst den schönen Satz lesen: „Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland.“ (S. 38) So spricht sie sich „deutlich“ für ein staatliches Vorgehen gegen die „Menschenrechtsverletzung... Zwangsheirat“ aus (S. 39).

Dass individuelle Freiheitsrechte im Verständnis der Liberalen nicht nur Abwehrrechte gegen Machtanmaßungen des Staates sind, sondern auch positive Gestaltungsrechte, zeigt sich schließlich auch daran, dass die FDP „mehr direkte Demokratie“ fordert und etwa auch eine „Volksabstimmung über eine Europäische Verfassung“ (S. 39).

Politische Freiheit und Bürgerrechte dürfen aber auch nicht zuviel Geld kosten, ja sollten womöglich hier und da profitabler Verwertung zugeführt werden. So will unsere liberale FDP „Gentests durch Arbeitgeber oder Versicherungen“ nicht vollkommen verbieten, sondern ihnen nur „klare rechtliche Grenzen“ setzen (S. 30). Sie steht „privater und kosteneffektiver Aufgabenerfüllung“ im „nicht hoheitlichen“ Bereich staatlicher „Vollstreckung... offen gegenüber“ (ebd.), fordert also verklausuliert die profitträchtige Privatisierung von Gefängnissen. Sie lehnt den „vorliegenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung für ein Antidiskriminierungsgesetz... ab“, da er „finanzielle Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringt“ (S. 38). Sie ist, obwohl pro „Künstlersozialversicherung“, dagegen, die „Verwerter“ künstlerischer Leistungen (sprich: die Medi-

enkonzerne) „über Gebühr“ zu belasten (S. 42). Oder wir lesen im Kontext der wachsenden Bedeutung des Internets wie der Medien insgesamt: „Der Schutz der Verbraucher, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, muss sichergestellt sein, darf aber nicht zum Hindernis der technischen und wirtschaftlichen (!! E.S.) Entwicklung werden.“ (S. 43) Wenn's der Profitmaximierung dient, sollen sich Kinder dann doch mal den einen oder anderen eingeschlagenen Schädel angucken müssen – oder wo hört der Schutz der Kinder auf und wo fängt der der Profite, Entschuldigung: der „wirtschaftlichen Entwicklung“ an?

Ähnlich ambivalent sind schließlich auch die Ergebnisse der kritischen Lektüre des Kapitels über „**internationale Zusammenarbeit und Sicherheit**“ (S. 44-51). Einerseits fordert die FDP „mehr Demokratie“ – so müsse das „Europäische Parlament... mit allen klassischen Befugnissen des Legislativorgans, insbesondere dem gesetzgeberischen Initiativrecht und der vollständigen Budgethoheit auf der Ausgabenseite ausgestattet“ werden (S. 44-45). Auf der anderen Seite müsse das (neoliberale) „Ziel der Geldwertstabilität in den Zielkanon eines zukünftigen Verfassungsvertrags aufgenommen werden“ (S. 45) – also eine Zielbestimmung, welche die wirtschaftspolitische Gestaltungsfähigkeit des Europäischen Parlaments gleich wieder massiv einschränken würde. Mehr Demokratie soll schon sein – aber nur im neoliberalen Rahmen!

Oder man lese: „Die FDP ist und bleibt bereit, zusammen mit anderen Demokratien die internationalen Aufgaben (am Hindukusch und weltweit; E.S.) zu übernehmen, die wir übernehmen können und deren Erfüllung von uns auch erwartet (!! E.S.) wird. Es geht um das Erreichen von Zuständen struktureller Stabilität (!! E.S.) in heute noch kritischen Regionen, um die Bekämpfung von Hunger und Krankheiten, um das Durchsetzen von Prinzipien der Good Governance (also neoliberaler Wirtschaftspolitik; E.S.), die Sicherung wirtschaftlicher Rechte (!! E.S.) und individueller Freiheiten und den Schutz der Menschenrechte. Die Reform der Vereinten Nationen muss in Zukunft Interventionen (!! E.S.) möglich machen, wenn ein Staat nicht in der Lage oder willens ist, seine Bürger vor Gewalt und Menschenrechtsverletzungen (wie z.B. Enteignungen von Großgrundbesitzern? E.S.) zu schützen.“ Nur einen Satz nach der Forderung, die „Demokratien“, also die westlichen kapitalistischen Industriestaaten sollten ihre wirtschaftlichen „Rechte“ weltweit militärisch absichern, folgt die, dass solche Interventionen auch noch den Segen der Vereinten Nationen bekommen sollen!

Ein wenig tröstlich ist dann zumindest, dass die FDP einen „ständigen deutschen Sitz“ im UN-Sicherheitsrat nur als die „zweitbeste Lösung“ bezeichnet und einen „gemeinsamen europäischen ständigen Sitz“ bevorzugen würde (S. 48); dass sie, obwohl doch auf dem größten entstehenden Markt der Welt viel zu verdienen wäre, „eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China“ ablehnt auch unter Hinweis auf die exzessive Ausübung der „Todesstrafe“ in Reich der Mitte (S. 49) oder dass sie – zumindest – ganz am Schluss ihres Programms eine außen- wie sicherheitspolitische „Kultur der Zurückhaltung“ einfordert (S. 50). Wirtschaftliche Interessen sollen weltweit also nur sehr zurückhaltend militärisch durchgesetzt werden. FDP – der kleine Unterschied!